

«Wir können das Asylproblem alleine nicht lösen»

Anita Fetz über die Doppelmoral der Bürgerlichen, ihre Rolle als Partysprengerin und Regierungsrätin Eva Herzog

Von D. Feusi und C. Keller, Bern

BaZ: Der Bund muss sparen, weil die Steuereinnahmen nicht mehr ansteigen. Wie überzeugen Sie Ihre Parteigenossen, dass der Staat den Gürtel enger schnallen muss?

Anita Fetz: So erstaunlich das auch ist: Da habe ich weniger ein Problem, als die Bürgerlichen davon zu überzeugen, dass im Moment gespart werden muss.

Weshalb ist das so?

Seit eineinhalb Jahren wissen wir, dass die Ausgaben nicht mehr steigen dürfen. In dieser Zeit haben die Bürgerlichen bei der Armee 250 Millionen, bei der Landwirtschaft 200 Millionen, bei der Tourismusförderung 50 Millionen und beim Autoverkehr soeben 150 Millionen mehr pro Jahr aufgestockt. Auf der anderen Seite genehmigen sie diese Woche mindestens 1,3 Milliarden Franken Steuerausfälle bei der Unternehmenssteuerreform. Und die Stempelabgabe soll auch fallen, was noch einmal 200 Millionen Franken kosten würde.

Sie werfen den Bürgerlichen vor, dass sie von Sparen reden aber das Gegenteil machen.

Am Sonntag reden die Bürgerlichen vom Sparen und am Montag in der Session geben sie das Geld mit vollen Händen aus. Das finde ich hochgradig unseriös. Ich habe kein Problem damit, dass man unterschiedlicher Meinung ist, aber dass man vom Sparen redet, aber ohne Mass dort mehr ausgeben will, wo es einem persönlich wichtig ist, dafür habe ich kein Verständnis.

Haben Sie ein Beispiel dafür?

In dieser Session wurde eine Motion aus SVP-Kreisen überwiesen, dass «Jugend und Sport» mehr Geld erhält. Ich finde J+S wichtig und toll, aber man hat dort im letzten Budget schon mehr Geld bewilligt, jetzt also noch einmal mehr, obwohl man genau weiss, dass es gar nicht möglich sein wird. So lügt man die Leute an. Bei J+S rechnet man nun mit mehr Mitteln, aber das wird nicht so sein, weil man das im Budget kleinlaut wieder streichen müssen. SVP, CVP und FDP haben sich trotzdem gross in Szene gesetzt.

Die Steckenpferde der SP – Sozialstaat, Asyl, Entwicklungshilfe – kosten viel mehr als die von Ihnen kritisierten Ausgaben und sie nehmen am meisten zu.

Das stimmt meiner Meinung nach nur beim Thema Asyl.

Da steht Ihre Bundesrätin Simonetta Sommaruga in der Verantwortung.

Moment mal. Warum kostet das Asylwesen mehr? Weil mehr Leute Asyl beantragen. Das ist ein Grundrecht. Wir haben der Asylgesetzrevision zugestimmt, damit das Verfahren sehr viel schneller geht. Gleichzeitig muss man der Bevölkerung ehrlich sagen, dass wir ein Problem haben mit der steigenden Zahl von Flüchtlingen. Aber das löst man nicht, indem man Stacheldraht um die Schweiz zieht.

«Ich habe null Verständnis, dass Flüchtlinge nach Eritrea in die Ferien gehen.»

Was müsste man tun?

Wenn ich ehrlich bin, glaube ich nicht, dass wir das lösen können in den nächsten Jahren. Man kann es nur möglichst gut organisieren. Wir können an der Grenze genauer überprüfen, wer kommt. Dafür haben wir die Grenzwaage ja aufgestockt. Wir werden aber nicht darum herumkommen, uns Strategien zu überlegen, wie man die Leute vor Ort halten kann – und zwar unter menschenwürdigen Bedingungen. Alles andere ist der hiesigen Bevölkerung Sand in die Augen gestreut.

Mehr Kontrollen an der Grenze würden dazu führen, dass weniger Asylanten kommen würden.

Natürlich kann man sagen, dass wir die Grenze dicht machen müssen. Vielleicht sollten wir das einen Monat



«Falsche Prioritäten.» Die Basler Ständerätin Anita Fetz (SP) kritisiert die Unternehmenssteuerreform – und Parteikollegin Eva Herzog. Fotos Nicole Pont

lang machen. Ich kann Ihnen schon jetzt sagen, wer dann zuerst aufschreit.

Bundesrätin Sommaruga und die SP.

Nein, die Wirtschaft. Probieren wir das doch wirklich einen Monat lang aus. Alle Seiten behaupten bei diesem Thema heute doch einfach irgendwas. Was wir wissen: Als Deutschland vor Jahren die Grenzen zum Schengenraum zumachte, wurde die Region zu einem einzigen riesigen Stau. Und die Wirtschaftsverbände waren die ersten, die Alarm schlugen. Sie wollen mehr vor Ort helfen. Das wollen alle.

Ja, aber ich will das anders, als es die Schweiz es jetzt macht. Ich stelle mir im Hinblick auf die Entwicklungshilfe des Bundes viele kritische Fragen. Es muss uns darum gehen, dass aus den Flüchtlingslagern zum Beispiel rund um Syrien funktionierende Städte werden, wo Menschen anständig leben können, wo es Handel, Wirtschaft und eine gute Infrastruktur gibt. Genau das können wir Schweizer doch. Seit Jahren leben die Flüchtlinge in erbärmlichen Lagern und es ist sonnenklar, dass sich die Leute auf den Weg nach Europa machen wollen.

Jetzt lenken Sie von den aktuellen Problemen ab. Die Zuwanderer kommen alle über ein sicheres Drittland wie Italien oder Österreich zu uns. Man hat bei der Dublin-Abstimmung versprochen, dass das nicht mehr möglich sei.

Einverstanden. Aber das ist lange her. Den Syrienkrieg gab es nicht. Die Zeiten haben sich leider verändert.

Mit der Politik von Bundesrätin Sommaruga, dass keine Flüchtlinge abgewiesen werden, belohnen wir jene, die Geld und oft ihr Leben aufs Spiel setzen, um in Gummibooten über das Mittelmeer zu kommen.

Wir können alle Energien ins Abhalten dieser Flüchtlinge investieren. Das kostet Milliarden. Oder wir können anfangen, neu zu denken und vor Ort Perspektiven zu schaffen.

Genau die Verbindung von Entwicklungshilfe und Migration wird von ihrer Bundesrätin Sommaruga und von der SP immer abgelehnt.

Ich bin offen für eine Diskussion, wo heutzutage Entwicklungshilfe wirkungsvoll ist. Ich habe da meine Zweifel. Es gibt ganz sicher bessere Modelle. Aber man kann nicht einfach eine halbe Milliarde streichen, ohne zu wissen, was dann passiert. Und was es vor allem braucht, wären faire Handelsbeziehungen, Rohstofffirmen, die faire Arbeitsplätze anbieten und Steuern dort unten bezahlen

statt in der Steueroase Schweiz. Es ist eben nicht so einfach, wie man es darstellt.

Ihre Partei will gemäss einer Mitteilung von dieser Woche sogar noch mehr Leute aufnehmen. Die SP will alle Flüchtlinge zu uns einladen.

Das habe ich anders verstanden. Es braucht faire Asylentscheide und man muss die Leute möglichst schnell integrieren – auch jene, die nach einem Krieg wieder zurück müssen, dann lernen sie hier vielleicht etwas, das sie beim Wiederaufbau ihres Heimatlandes gebrauchen können. Jene, die keinen Asylgrund haben, werden zurückgeschickt.

Sie meinen, wir müssen uns damit abfinden, dass seit Anfang Juni tausend Eritreer zu uns gekommen sind und immer noch mehr kommen?

Es gibt betreffend Eritrea einfach keine harten Fakten. Von niemandem. Aber ich habe null Verständnis dafür, dass Asylsuchende oder anerkannte Flüchtlinge nach Eritrea in die Ferien gehen. So jemand darf nicht mehr zurück in die Schweiz.

Bei den Gemeinden und auch beim Bund haben sich die Kosten für das Asylwesen bereits verdoppelt. Irgendwann macht das die Bevölkerung nicht mehr mit.

Der Goodwill ist da, die Hilfsbereitschaft auch. Klar ist aber: Es wird zu einer zusätzlichen Belastung der Steuerzahler kommen. Aber nicht nur wegen den Asylkosten, sondern auch weil man parallel zu viele Steuerprivilegien für Unternehmen bewilligt. Ich bin nicht bereit, die Kosten des Asylwesens isoliert anzuschauen.

Sie meinen damit die Unternehmenssteuerreform.

Natürlich. Die Reform ist ein Steuerprivilegien-Festival. Man hätte sich auf eine schlanke Revision konzentrieren sollen.

Hat es zu viele Steuererleichterungen für die Basler Pharma in der Vorlage?

Nein. Die nehmen die Privilegien, wenn sie sie bekommen. Für die Pharma hätte die Vorlage des Bundesrates mit einem Einnahmefall von 0,8 Milliarden gereicht. Jetzt sind wir bei mindestens 1,3 Milliarden Franken. Harte Zahlen gibt es allerdings nicht, es könnte auch mehr sein.

Es könnte auch weniger sein, weil die Reform neue Unternehmen anzieht.

Das ist das Standardargument. Das hoffen immer alle, aber niemand weiss, ob das auch eintrifft. Für unseren Standort sind Bildung, Infrastruktur und Rechtssicherheit wichtiger – und genau dort bauen die Rechtsbür-

gerlichen ab. Das ist für Basel katastrophal.

Warum kommt dann die Basler Finanzdirektorin Eva Herzog, wie Sie aus der SP, zum gegenteiligen Schluss und unterstützt die Reform?

Weil sie zuerst an die Kantonsfinanzen denkt. Aber auch sie kann nicht sagen, was die Reform für den Kanton genau bedeuten wird. Sie hat einmal von bis zu 400 Millionen Franken Ausfall geredet, jetzt nur noch von 80 bis 100 Millionen. Die Kantone haben vom Parlament das bekommen, was

«Die Kantone haben bekommen, was sie gefordert haben – auf Kosten des Bundes.»

sie gefordert haben – allerdings auf Kosten der Bundeskasse. Das wird auf die Kantone zurückfallen. Das scheint mir Eva Herzog auszublenden. Für die Basler Bevölkerung kann das recht unangenehm werden, denn es wird erneut auf Kosten unserer Universität, den Fachhochschulen und der Berufsbildung gespart, zusätzlich aber auch bei den Prämienverbilligungen. Das trifft ganz viele Leute. Alles nur wegen zusätzlichen Steuerprivilegien, die eigentlich nicht nötig wären. Die Patentbox hätte gereicht.

Die Ausfälle wegen der Unternehmenssteuerreform entsprechen rund einem Prozent der Bundesausgaben. Die kann man doch an anderen Orten einsparen.

Erstens sind es fast zwei Prozent und zweitens ist das schwierig. Ich habe zum Beispiel die Ausgaben für externe Berater kürzen wollen. Ich wurde von den Bürgerlichen überstimmt – von jenen, die in der gleichen Sitzung Steuerprivilegien für Firmen beschlossen haben und den Baulandbauern zusätzlich 400 Millionen jährlich schenken. Für mich grenzt das an Stimmkauf.

Beim Personal könnte der Bund sparen. Da bin ich offen dafür. Ich stelle einfach fest, dass das Personal nur acht Prozent des Bundeshaushalts kostet. Der grösste Teil der Angestellten arbeitet beim VBS. Da könnte man gut reduzieren. Bei den Kommunikationsabteilungen auch. Beim Bundesamt für Landwirtschaft sowieso.

Sie werfen den Bürgerlichen vor, dass sie zum Sparen nicht in die finanzpolitischen Details gehen wollen.

Das werfe ich nicht nur den Bürgerlichen vor. Das machen die meisten so. Aber die Bürgerlichen setzen sich am Schluss durch.

Das ist das Los aller Finanzpolitiker.

Genau. Ich muss dann wieder die Partysprengerin spielen und darauf hinweisen, was sinnvoll ist und was nicht. Ich habe gerade wieder einen Auftrag erteilt, dass man Subventionen überprüft.

Was hat sich im Parlament seit den Wahlen geändert?

Die rechten Flügel sind stärker geworden. Es fehlt eine gewisse Gelassenheit. Und vor lauter bürgerlichem Schulterchluss gibt es immer mehr Politiker, die meinen, dass sie mit der untersten verbalen Schublade besonders gut seien.

Sie denken an Roger Köppel.

Zum Beispiel. Die Bürgerlichen müssen sich nach ihrem Wahlsieg profilieren, meine SP natürlich auch. Es braucht aber auch eine gewisse Debattenkultur, damit nicht alle ständig überreizt sind. Die ergibt sich nicht durch Aufplustern. Die Legislatur ist noch jung. Vielleicht gibt sich das noch mit der Zeit.

Die härtere Gangart im Parlament ist vielleicht ein Spiegelbild der weltweiten Entwicklung.

Ich bin besorgt. Europa ist von ernstesten Konflikten umgeben und ich sehe, wie die internationale Zusammenarbeit zu wenig Lösungen bringt. In der globalisierten Wirtschaft kommt es zu rabiatem Wettbewerb. Das Gefälle zwischen Nord und Süd nimmt zu.

Das sind jetzt alles sicherheits- und ausserpolitische Herausforderungen der Schweiz. Braucht es dann nicht mehr Mittel für die Armee?

Ich glaube ehrlich gesagt nicht daran, dass das funktioniert. Aber die Armee bekommt ja mehr Mittel. Wenn geheime Daten des Bundes gehackt werden, helfen auch keine Mörserkanonen für 400 Millionen Franken. Wir müssen durchaus auch in die Sicherheit investieren, aber nicht so, wie es das VBS vorschlägt. Gleichzeitig müssen wir die internationale Zusammenarbeit ausbauen. Die neutrale Schweiz müsste zum internationalen Mediator Nummer eins werden.

Vielleicht muss man beides machen: die Mittel der Armee aufstocken, auf aktuelle Gefahren ausrichten und international mehr für Frieden und Sicherheit tun.

Einverstanden. Aber auf eine halbe Milliarde für die Renovation eines trottigen Lastwagens (Transporter «Duro» der Armee, Anm. d. Red.) könnte man trotzdem verzichten und dafür mehr in Cyber-Abwehr und meinestwegen auch in das Grenzschutzkorps investieren. Die Prioritäten werden heute falsch gesetzt.